

# Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 – 30 Jahre „Aktion 18. März“

Christoph Hamann

Die Institutionalisierung des kollektiven Erinnerns durch einen Feier- oder Gedenktag verfolgt immer einen normativen Anspruch. Sie soll der Vergangenheitsdeutung, dem Gegenwartsverständnis und der Zukunftsperspektive Orientierung und dem Geschichtsbewusstsein einer Gesellschaft Bezugspunkte geben: Sie will kollektiv Sinn und Identität stiften sowie politische Loyalitäten herstellen.<sup>1</sup> Die Zivilgesellschaft wie die politischen Funktionsebenen der Bundesrepublik sind angesichts ihres „schwierigen Vaterlands“ vor erhebliche Legitimationsprobleme gestellt, durch den Rekurs auf Historisches demokratischen Sinn für das Gemeinwesen der Gegenwart zu stiften. Zwei Weltkriege, der Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust sowie die SED-Diktatur bieten keine positiven Anknüpfungspunkte, sondern erzeugten, so Reinhart Koselleck mit Bezug auf den Nationalsozialismus, vor allem „Formen und Traditionen negativen Gedächtnisses“.<sup>2</sup> Die staatliche Geschichtspolitik generierte nach 1945 identitätsrelevanten Sinn in erster Linie ex negativo.<sup>3</sup> Dies gilt für die DDR, in der der Antifaschismus eine zentrale Legitimationsbasis der politischen Herrschaft der SED bildete.<sup>4</sup> Dies gilt auch für die Bundesrepublik. Seit 1996 ist hier der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

---

1 Zur Geschichte und Funktion von Gedenktagen siehe Dietmar Schiller: Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/93, 18.6.1993, S.32-39; Klaus Bergmann: Gedenktage, Gedenkjahre, in: Klaus Bergmann (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S.758-767; Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt am Main 1999, S.218-285.

2 Reinhart Koselleck: Formen und Traditionen negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München, 2002, S.21-32, hier S.21.

3 Siehe Michael Zimmermann: Negativer Fixpunkt und Suche nach positiver Identität. Der Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis der alten Bundesrepublik, in: Hanno Loewy (Hrsg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992, S.128-143; Wolfgang Bergem: Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S.81-104.

4 Siehe dazu Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992; Wolfgang Bialas: Antifaschismus als Sinnstiftung. Konturen eines ostdeutschen Konzepts, in: Bergem, NS-Diktatur, S.151-170.

Aber auch der 17. Juni (1953) und der 13. August (1961) reflektieren eine deutsche Diktaturerfahrung. Aus Anlass des 20. Jahrestags der Grenzöffnung vom 9./10. November 1989 findet auch der Ansatz immer breitere Resonanz, der friedlichen Revolution von 1989 als einem positiven Bezugspunkt im öffentlichen Erinnern ein stärkeres Gewicht als bisher zu geben. Dies zeigt die Diskussion um ein „Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands“, die 2007 in den Beschluss des Deutschen Bundestags mündete.<sup>5</sup> Im Zentrum dieses Gedenkens stehen Mauerfall und Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten. Mit Salomon Korn verwies vielleicht nicht zufällig der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland auf die Notwendigkeit des Blicks auch in die Tiefe des historischen Erfahrungsraums: „Ja, man sollte es nicht auf 1989 beschränken, denn der Mauerfall hat seine Vorläufer in der Revolution von 1848, der Weimarer Verfassung von 1919 und dem Kriegsende von 1945. Diese drei Daten kennzeichnen mögliche Weichenstellungen zur Demokratie in Deutschland, und die von 1945 war erfolgreich.“<sup>6</sup> Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sollte neben anderem also auch an die Revolution von 1848 anknüpfen. Dieser Gedanke hat, soweit dies bislang zu überblicken ist, in der öffentlichen Diskussion bislang wenig Resonanz gefunden. Und dies, obwohl nahezu alle Bundespräsidenten auf den Stellenwert der Revolution von 1848 für die demokratische Tradition in Deutschland hingewiesen haben. Aus Anlass des 150. Jahrestags von 1848 positionierte sich auch der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1998 eindeutig: „Wir können uns unsere Vergangenheit nicht aussuchen. Aber wir können für unser eigenes Selbstbewußtsein, für die Identität unseres Gemeinwesens sehr wohl auswählen, auf welche Traditionen wir uns berufen und an welche wir anknüpfen sollen. 1848 ist dafür der Schlüssel.“<sup>7</sup>

Vor 30 Jahren, am 2. Januar 1979, trat eine Initiative aus Berlin (West) bundesweit an die Öffentlichkeit, die seit Herbst 1978 aktiv war und den Versuch wagte, der in Deutschland insgesamt schwierigen historischen Hypothek zum Trotz einen positiven historischen Bezugspunkt als gedenkwürdiges Datum für die Demokratie in Deutschland zu definieren.

Nicht ohne Grund knüpften die Initiatoren der großformatigen Anzeige „Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“<sup>8</sup> in der linksliberalen „Frankfurter Rundschau“ an ein historisches Datum an, das in der DDR eine herausgehobene Bedeutung hatte. Denn die programmatische Position der Initiative hatte eine geschichts- wie auch eine deutschlandpolitische Dimension –

5 Siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6925.

6 Salomon Korn: Diktaturenvergleich jetzt!, in: Die Zeit, 15.11.2007.

7 Roman Herzog: Rede anlässlich der Veranstaltung „150 Jahre Revolution von 1848/49“ in der Paulskirche Frankfurt/Main am 18.5.1998: [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de) (eingesehen am 06.11.2008).

8 Frankfurter Rundschau, 2.1.1979, auch abgedruckt in: Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.): Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1982, S.358f., und in: Aktion 18. März (Hrsg.), Aufruf, 2008, S.4.

wobei zum Zeitpunkt der Gründung die erste der zweiten nachgeordnet war. Ziel der „Aktion 18. März“ war es, mit Bezug auf die Märzrevolution von 1848 den 18. März als einen gesetzlichen Feiertag in beiden deutschen Staaten zu installieren. Und dies zuungunsten des Tags der deutschen Einheit, des 17. Juni, der, so die Initiatoren, „im politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland propagandistisch verschlissen“ worden sei.<sup>9</sup> Für das demokratische Aufbegehren des Volkes in der Märzrevolution von 1848 gegen die Obrigkeit der Feudalmächte sei der 18. März, der Beginn der Barrikadenkämpfe in Berlin, ein Datum, auf das sich Demokraten mit Fug und Recht beziehen könnten. Der 18. März biete einen historischen Bezugspunkt für das kulturelle Gedächtnis in der Bundesrepublik und der DDR, auf den sich politische Legitimität in beiden deutschen Staaten begründen ließe. Und nicht nur dies: Er betone das Gemeinsame und nicht das Trennende – insofern hatte der Vorschlag der „Aktion 18. März“ vom Januar 1979 vor allem auch eine gesamtdeutsche Intention. Gedacht war diese basisdemokratische Initiative als ein erster Schritt auf einem langen Weg.

Das mit diesem Aufsatz vorliegende Ergebnis einer Spurensuche in den basisdemokratischen und bürgerbewegten Feldern der bundesrepublikanischen Geschichts-<sup>10</sup> und Erinnerungskultur<sup>11</sup> versteht sich als eine erste Bestandaufnahme zu einer Geschichte der „Aktion 18. März“.<sup>12</sup> Gefragt wird nach den Initiatoren und deren politischer Motivation, nach dem (sich wandelnden) geschichtskulturellen und deutschlandpolitischen Kontext, nach der Organisationsstruktur und den Aktionsformen der Initiative. Letztere war von zwei vollkommen unterschiedlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Während in der Bundesrepublik der kontrovers-plurale Diskurs über Vergangenheit konstitutiv für das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft war, hatte die „Aktion 18. März“ in der DDR keine Möglichkeit, jenseits staatlich verordneter Geschichtsbilder auf eine weitgehend monolithische und von der SED gelenkte Diskussion einzuwirken.

---

9 Brandt/Ammon, Linke, S.359.

10 Zur Konzeptionalisierung der Geschichtskultur siehe: Jörn Rüsen: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, in: Klaus Fießmann/Heinrich Theodor Grütter/Jörn Rüsen (Hrsg.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln u. a. 1994, S.3-26; Bernd Schönemann: Geschichtsdidaktik und Geschichtskultur, in: Bernd Mütter/Bernd Schönemann/Uwe Uffelmann (Hrsg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000, S.2-58.

11 Marko Demantowsky: Geschichtskultur und Erinnerungskultur – zwei Konzeptionen des einen Gegenstandes. Historischer Hintergrund und exemplarischer Vergleich, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 2005, H. 1/2, S.11-20.

12 Die Quellengrundlage dieses Beitrags bilden Veröffentlichungen der Tagespresse, der „Aktion 18. März“ sowie solche, die in deren mittelbaren Kontext entstanden sind. Außerdem konnten durch Interviews mit Volker Schröder, Beate Buchwald und Hannes Fehse wertvolle Informationen gewonnen werden. Der Autor kann auch aus eigenem Erleben schöpfen. Er gibt sich trotzdem der Hoffnung hin, in seiner Darstellung hinreichend Unabhängigkeit gewahrt zu haben.

ken. Mit der Öffnung der Grenze 1989 und der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1990 haben sich die Parameter des Handelns jedoch vollkommen geändert.

Nicht der historische 18. März 1848 steht also im Mittelpunkt; es geht um die drei Jahrzehnte der Bemühungen der „Aktion 18. März“, diesen als deutschen Erinnerungsort so breit wie möglich im kulturellen Gedächtnis zu etablieren.

#### *Unterstützer und erste Reaktionen der Öffentlichkeit*

Die Initiative „18. März“ stand unter der Schirmherrschaft der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz (1923-1986) und des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) Heinrich Albertz (1915-1993). In einem Anfang 1979 veröffentlichten Grußwort begründeten beide die Initiative und ihre Bereitschaft, die Schirmherrschaft zu übernehmen: „Die verbindende Kraft der gemeinsamen Geschichte der beiden deutschen Staaten ist nicht wegzudiskutieren. Durch einen Feiertag zum Ausdruck zu bringen, daß die Menschen in beiden deutschen Nachkriegsstaaten – jeweils eingebunden in ihre gegensätzlichen Bündnissysteme – sich nicht zu feindlichen Brüdern bestimmen lassen wollen, erscheint vernünftig, weil ja die unterschiedliche Struktur der beiden deutschen Staaten nicht geleugnet wird.“<sup>13</sup> Mit ihrer Unterschrift bekannten sich 269 Menschen, vornehmlich aus Berlin, zu den Zielen der Aktion. Vielfach waren dies akademisch Gebildete, aber auch Handwerker und Angestellte fanden sich darunter. Zu den sicherlich Bekanntesten gehörten 1979 neben Drewitz und Albertz Peter Brandt, der Historiker und Sohn Willy Brandts, der Ex-Kommunarde Dieter Kunzelmann, der Schriftsteller Martin Walser sowie der Publizist Wolfgang Venohr.

Für so unterschiedliche Charaktere und Intellektuelle wie den Nationalkonservativen Venohr, den damaligen Trotzkisten und heutigen Sozialdemokraten Brandt sowie den ehemaligen DKP-Anhänger und ebenso streitbaren wie umstrittenen Schriftsteller Walser war bzw. ist die deutsche Frage ein Angelpunkt ihrer wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Arbeit. So war Venohr schon 1982 wider alle tagespolitische Evidenz gewiss: „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“, denn allein diese sei die „einzig wirksame Garantie für den europäischen Frieden“.<sup>14</sup> Mit einem „Patriotismus von Links“<sup>15</sup> wollte dagegen Peter Brandt die nationale Frage nicht den Konservativen oder gar Reaktionären überlassen. An der militärischen wie politischen Nahtstelle zwischen den beiden Blöcken sei gerade Deutschland besonderen Gefahren ausgesetzt. Ein „paktfreier Status Deutschlands“ hätte „u. U. das Kernelement eines neuen gesamt-europäischen Sicherheitssystems sein können“, so charakterisierte er rückblickend

13 Zit. nach: Volker Schröder: Igel für Deutschland, Berlin 1992, S.77.

14 Wolfgang Venohr (Hrsg.): Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982, S.6.

15 Peter Brandt/Herbert Ammon: Patriotismus von links, in: Venohr, Einheit, S.119-159.

seine deutschlandpolitische Position der 1970/80er-Jahre.<sup>16</sup> Und Martin Walser gestand 1979: Als Gesamtdeutscher von Geburt fühle er sich in dem Teilstaat Bundesrepublik letztlich fremd.<sup>17</sup> „In mir“, so Walser schon 1978, „hat ein anderes Deutschland immer noch eine Chance. Eines nämlich, das seinen Sozialismus nicht von einer Siegermacht draufgestülpt bekommt, sondern ihn ganz und gar selber entwickeln darf, und eines, das seine Entwicklung zur Demokratie nicht ausschließlich nach dem kapitalistischen Krisenrhythmus stolpern muß; dieses andere Deutschland könnte man, glaube ich, heute gebrauchen. Die Welt müßte vor einem solchen Deutschland nicht mehr zusammensucken.“<sup>18</sup>

Die öffentliche Reaktion auf den Aufruf war im Umfang bescheiden und changierte von vollkommener Ablehnung aus politischen wie aus pragmatischen Gründen bis hin zu verhaltener Sympathie. Der damalige Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, ließ in einer Presseerklärung verkünden, der Aufruf zeige den „kommunistischen Hintergrund der Kampagne“. Nicht die „Revolutionswirren von 1848, sondern die schmerzliche Situation unserer Landsleute in der DDR“ müssten ständig bewusst bleiben.<sup>19</sup> Die „Berliner Morgenpost“ betonte zwar die geschichtspolitische Bedeutung der Märzrevolution von 1848, lehnte aber die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag ab, „denn 1953 haben in Ost-Berlin und in den anderen Städten der ‚DDR‘ Arbeiter ebenfalls für die Demokratie und nicht für Lohnerhöhungen ihr Leben lassen müssen.“<sup>20</sup> Dem Wochenmagazin „Stern“ zufolge handelte es sich bei der „Aktion 18. März“ gar um „rote Nazis“.<sup>21</sup> Massive Kritik kam auch aus dem marxistischen Lager. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ sah die „Aktion 18. März“ als verkappte KPD-Einrichtung und urteilte: „Diese Kampagne ist ihrem Wesen nach ideologische Begleitmusik für die immer offenere Orientierung des bundesdeutschen Großkapitals auf nicht mehr nur bloß wirtschaftliche, sondern auch politische Expansion nach außen. Es entspricht schlimmster Tradition deutscher Geschichte, wenn wiedererwachender Chauvinismus [...] bemäntelt wird mit wehleidigem Gegreine über ‚Schuldkomplexe‘ und ‚Minderwertigkeitsgefühle‘, an denen das ‚deutsche Volk‘ angeblich leide.“<sup>22</sup>

Einem Kommentar des Norddeutschen Rundfunks und einer Stellungnahme der Wochenzeitung „Die Zeit“ gemeinsam war der Hinweis auf die Realitätsferne

16 Peter Brandt: Schwieriges Vaterland. Deutsche Einheit. Nationales Selbstverständnis. Soziale Emanzipation. Texte von 1980 bis heute, 2. korrigierte Aufl., Berlin 2001, S.12.

17 Martin Walser: Händedruck mit Gespenstern, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, 1. Bd.: Nation und Republik, Frankfurt am Main 1979, S.44.

18 Zitiert nach: Brandt/Ammon, Patriotismus, S.348.

19 Der Tagesspiegel, 5.1.1979.

20 Franz Barsig: Albertz sucht einen Nationalfeiertag, in: Berliner Morgenpost, 4.1.1979.

21 Die roten Nazis. Die rechte Gewalt hat ein linkes Programm: nationale Revolution und Sozialismus, in: Stern, 4.3.1982, S.106.

22 Arbeiterkampf, 8.1.1979. Warum allerdings eine verkappte KPD-Einrichtung die Interessen des „bundesdeutschen Großkapitals“ vertreten soll, bleibt ungeklärt.

wie auch eine gewisse Sympathie. „Auch um dieses Unternehmen weht die Luft traumseliger Romantik“, urteilte „Die Zeit“ und führte weiter aus: „Aber hüben anzunehmen, Honecker könnte dieser Idee des gemeinsamen Feierns etwas abgewinnen, wäre genauso weltfremd, als hoffte man drüben, die Bundesrepublik werde sich morgen der DDR anschließen.“<sup>23</sup> Ähnlich realpolitisch argumentierte der Kommentator des NDR. „Die Zeit“ gab aber, wie auch der NDR, zu bedenken. „Doch verachtet mir die Träumer nicht. Sie passen auf, daß die Idee vom ganzen Deutschland nicht im politischen Alltagsgeschäft unter die Räder gerät.“<sup>24</sup> Kurzum – die Reaktionen zeigen eins: Es stellt sich das Empfinden ein, dass es gar nicht so viele Stühle gab, zwischen die die „Aktion 18. März“ sich zu setzen gewillt war.

Dreißig Jahre zuvor, Ende der 1940er-Jahre, war die Sitzordnung dagegen unumstritten gewesen. Dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen der SED sowie der SPD und den bürgerlichen Parteien in Westberlin zum Trotz: Wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus war gerade in Berlin das Empfinden, die deutsche Tradition der Demokratiebewegung pflegen zu müssen, wesentlich deutlicher ausgeprägt als Ende der 1970er-Jahre. Aus Anlass des Zentenariums der 1848er-Revolution hatte der Magistrat von Berlin eine Reihe von Maßnahmen zur Würdigung der Revolution beschlossen. Auch waren sich 1948 in Berlin die SPD, CDU und LDP einerseits sowie die SED andererseits in der Frage eines arbeitsfreien Feiertages einig. „Angesichts der besonderen Bedeutung“, so die damalige Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder (SPD), „die der 18. März für die Geschichte der Demokratie in Berlin hat“, stimmte der Magistrat der Stadt am 4. Februar 1948 dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesetz zu, den 18. März in Berlin zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.<sup>25</sup> Die Sowjetische Militäradministration erklärte ihrerseits den 18. März zum Feiertag in der gesamten sowjetischen Besatzungszone.<sup>26</sup>

### *Die Mentoren und der Motor*

Als kein Zufall erscheint es, dass mit einer Schriftstellerin und einem Pfarrer zwei Personen des öffentlichen Lebens die Schirmherrschaft über die Initiative „Aktion 18. März“ übernommen hatten, die durch ihre Profession gewohnt waren, ihr Denken nicht allein vom realpolitisch Machbaren diktieren zu lassen. Ihre Biografien zeigen jedoch, dass Ingeborg Drewitz und Heinrich Albertz auch politische Menschen waren – an der Grenze zwischen Wünsch- und Machbarem

23 KJ: ‚...über alles‘ – für alle?, in: Die Zeit, 29.9.1978.

24 Ebenda.

25 Landesarchiv Berlin, C Rep. 100, Nr. 789, Magistratssitzungen 1947, Februar-März, Bl. 4, 55. Zu den Feierlichkeiten in Berlin insgesamt siehe Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur* (=Formen der Erinnerung, Bd. 30), Göttingen 2007, S.312-401.

26 Siehe Klemm, *Erinnert*, S.334.

optierten beide für eine Orientierung an den sozial Schwachen, an einer Politik des Friedens im Innern und der Entspannung nach außen.

Drewitz, Verfasserin von Sachbüchern, Hörspielen, Erzählungen und vor allem Romanen, war politisch u. a. aktiv in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin des bundesdeutschen PEN-Clubs sowie als Vorsitzende des Verbands der Schriftsteller in Berlin und engagierte sich auch bei Amnesty International.<sup>27</sup>

Albertz, Pfarrer der Bekennenden Kirche, hatten die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges wegen Vergehen gegen den Kanzelparagrafen mehrfach verhaftet und ihn 1943 für mehrere Monate in der Festung Glatz inhaftiert. Obwohl er nach dem Krieg lange Zeit hohe politische Ämter für die SPD bekleidete,<sup>28</sup> war er im Grunde ein politischer Außenseiter – am Ende seiner politischen Laufbahn selbst in der eigenen Partei. Nach dem Rücktritt von seinen politischen Ämtern war er einer der profiliertesten Vertreter der bundesdeutschen Friedensbewegung.<sup>29</sup>

Eine Generation jünger ist Volker Schröder, der Mitbegründer der „Aktion 18. März“ und deren Motor seit 30 Jahren. Durch die 1968er-Studentenbewegung politisiert,<sup>30</sup> wandte sich Schröder bald von der SPD ab und trat in die 1971 gegründete Liga gegen Imperialismus ein, eine Unterorganisation der KPD/Aufbauorganisation (KPD/AO; 1970-1980). Diese charakterisierte sich selbst als „antiimperialistische Massenorganisation“ zur Befreiung der unterdrückten Völker. Wie die anderen bundesrepublikanischen K-Gruppen der 1970er-Jahre grenzten sich die KPD/AO und ihre Untergliederungen stark von den bundesdeutschen Sozialisten sowjetischer Orientierung (DKP, SEW) ab und folgte den außenpolitischen Vorgaben der KP Chinas, darunter seit dem April 1975 der Drei-Welten-Theorie Mao Zedongs. Die politische Konsequenz daraus war die Forderung nach einem unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland. In der 1977 von Schröder und anderen herausgegebenen Broschüre „Unabhängigkeit und Einheit für Deutschland!“<sup>31</sup> wird die UdSSR als „imperialistische Supermacht“ charakterisiert. Nachdem die außerparlamentarische Linke sich in den 1960ern allein gegen die USA gewandt hatte, kritisieren nun

---

27 Zu Ingeborg Drewitz siehe Titus Häusermann/Bernhard Drewitz (Hrsg.): Ingeborg Drewitz: Materialien zu Werk und Wirken, Stuttgart 1983, sowie ihre Autobiografie: Die ganze Welt umwenden: ein engagiertes Leben, München 1989.

28 Minister in Niedersachsen 1948-1955, Senator und Regierender Bürgermeister in Berlin 1961-1967.

29 Zu Heinrich Albertz siehe Jacques Schuster: Heinrich Albertz – Der Mann, der mehrere Leben lebte: eine Biographie, Berlin 1997, sowie seine Autobiografie: Blumen für Stukenbrock: Biographisches, Reinbek bei Hamburg 1989.

30 Siehe Schröder, Igel. Schröder, Jahrgang 1942, war als Diplom-Kaufmann von 1981 bis 1991 Finanzverantwortlicher der Berliner Alternativen Liste, dem heutigen Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen.

31 Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte (Hrsg.): Unabhängigkeit und Einheit für Deutschland!, o. O. o. J. [Berlin 1977].

Teile von ihr also auch die UdSSR. Die Volksrepublik China wurde dagegen als Verbündeter dargestellt. Schröders zentraler Gedanke war jedoch die nationale Einheit, die zu befördern er „über parteipolitische und weltanschauliche Differenzen hinweg alle Menschen“ aufforderte.<sup>32</sup> 1978 wurde Volker Schröder Gründungsmitglied der Alternativen Liste Berlin, dem späteren Berliner Landesverband der Grünen, und formulierte gemeinsam mit den Mitgliedern der in Auflösung begriffenen „Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte“ Hannes Fehse<sup>33</sup>, Steffen Noack<sup>34</sup> und Dieter Zeiner im Herbst 1978 den Aufruf für den 18. März als Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten.

### *Deutschland- und geschichtspolitische Kontexte*

Als in der Tradition der außerparlamentarischen Opposition stehend, erweist sich die „Aktion 18. März“ auch darin, dass sich bei den Unterzeichnern des Aufrufs von 1979 kein einziger Träger eines politischen Mandats findet. Hier spiegeln sich die überparteiliche Haltung und das außerparlamentarische Politikverständnis der Akteurinnen und Akteure ebenso wider wie auch deren Abstand zu den offiziellen deutschlandpolitischen Positionen der etablierten Parteien. Dies betrifft nicht in erster Linie die Haltung der „Aktion 18. März“ zum 17. Juni, dem Symbol der deutschen Einheit. Schließlich hatten sich schon 1968 CDU und SPD, zu Zeiten der Großen Koalition, auf die Streichung des Feiertags geeinigt.<sup>35</sup> Und in den 1970ern wurde, nachdem die nunmehrige Oppositionspartei CDU aus taktischen Erwägungen von diesem Beschluss abgerückt war, jährlich über geschichtspolitische Alternativen gestritten.

In ihrer Haltung zum 17. Juni stand die „Aktion 18. März“ also keineswegs immer allein da. Dies betrifft auch ihr Anliegen, kollektiven Sinn durch einen Rückbezug auf die deutsche Vergangenheit zu stiften – auch hier bewegte sich die Aktion nicht jenseits gesamtgesellschaftlicher Diskurse. Mit der Wahrnehmung der Grenzen des Wachstums der Industriegesellschaften spätestens seit der Ölkrise 1973 und dem Bericht des Clubs of Rome, mit der damit verknüpften Fortschrittskrise und Zivilisationskepsis, mit dem Empfinden der Beschleunigung von Veränderung wandte sich in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1970er-Jahre der Blick in die Vergangenheit – ein „regelrechter Geschichtsboom“ entwickelte sich.<sup>36</sup> Innerhalb dieser umfassenden geschichtskulturellen

---

32 Siehe ebenda, S.4.

33 Hannes Fehse ist heute noch in der „Aktion 18. März“ beteiligt.

34 Steffen Noack ist heute nicht mehr in der „Aktion 18. März“ aktiv. Er arbeitet als pädagogischer Mitarbeiter in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

35 Siehe Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-1989), in: Geschichte und Gesellschaft, 1998, H. 3, S.382-411, hier S.408.

36 Ebenda, S.396.

Rehistorisierung des öffentlichen Lebens verfolgten politisch meist konservativ motivierte Diskurse auch die Frage der Identitätsfunktion von Vergangenheitswahrnehmung und Geschichtsdeutung – dies im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit, aber auch mit der deutschen Frage.

Die „Aktion 18. März“ setzte in dieser Diskussion einen – öffentlich zunächst wenig beachteten – Kontrapunkt, indem sie die deutsche Frage eben nicht den Konservativen überlassen wollte und sie einband in die demokratischen Traditionen deutscher Geschichte. Die Initiative knüpfte damit an Positionen an, die auch von prominenter Seite gepflegt wurden. Denn auf die Anerkennung zweier deutscher Staaten Anfang der 1970er-Jahre durch die Bundesrepublik folgte in beiden deutschen Staaten das Bemühen der historischen Traditionspflege und der Streit um das Erbe. Dabei schöpfte kein Geringerer als der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann nationale und demokratische Legitimität und Selbstbewusstsein aus der demokratischen Tradition der 1848er-Revolution. 1973 rief er den „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte ins Leben“ und lobte die Revolution von 1848/49 aus Anlass des 125. Jahrestages als erstes Thema aus. Ein Jahr später eröffnete er im Rastatter Schloss die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“. Auf Heinemanns Initiativen zur Institutionalisierung des Gedenkens an die Märzrevolution konnte sich die „Aktion 18. März“ beziehen, obwohl auch Unterschiede deutlich wurden. Denn der Akzent bei Heinemann lag nicht so sehr auf der Einheit denn – wie der Name der Institution in Rastatt schon anzeigt – auf der Freiheit.

Für die CDU/CSU wie auch für die FDP war im Vergleich zur parlamentarischen Tradition der Paulskirche der 18. März als „street fighting day“ nur untergeordneter Natur. In dieser Haltung artikuliert sich der bürgerliche Affekt gegen eine Volksbewegung, die (noch) nicht parlamentarisch domestiziert worden war. Eine Forderung nach dem 18. März als Feiertag war deshalb ausgeschlossen. Und dies erst recht, wenn dafür der 17. Juni geopfert werden sollte.

Den 18. März als Instrument der Annäherung an die nationale Frage zu nutzen, war jedoch für die bundesrepublikanische Linke problematisch. Sie zeigte eine zunehmende Distanz zur Idee der deutschen Nation, die durch die Vergangenheit des Nationalsozialismus diskreditiert schien und außerdem als ein Thema wahrgenommen wurde, das konservative wie nationalistische Tendenzen befördern könnte. Diese „antinationale“ Position fand sich bei Linken innerhalb und außerhalb der Parlamente ebenso wie bei Teilen der Gewerkschaften oder der linken Intelligenz. Und sie gewann Bedeutung, als der gesamtdeutsche Bezug im gesellschaftlichen Leben eine immer geringere Rolle spielte. Bei der Partei Die Grünen dominierte diese politische Positionierung. Sofern nicht familiäre Bindungen in den anderen deutschen Teilstaat bestanden, wurde die Teilung von der Mehrheit nicht in Frage gestellt, sondern eine Politik der deutschen Zweistaatlichkeit vertreten. Prägend war dafür das Bewusstsein der Schuld aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit. Nach Auschwitz habe Deutschland das

Recht auf nationale Selbstverwirklichung verloren.<sup>37</sup> Die deutsche Teilung sei, so diese eher moralisch und emotional denn argumentativ vorgetragene Haltung, die zu Recht hinzunehmende Sühne für die in der Vergangenheit von Deutschen begangenen Verbrechen. Die Problematik dieser Haltung lag darin, dass sie die Lasten der deutschen Teilung den Menschen in der DDR aufbürdete und sich selbst schadlos hielt. Im Unterschied zu den großen Volksparteien suchten Vertreter der Grünen aber den Kontakt zu Menschenrechts- und Friedensgruppen in der DDR und unterstützten diese. Aufgrund ihrer Herkunft aus den sozialen Bewegungen standen die Grünen diesen näher als die etablierten Parteien der Bundesrepublik. Diese betrieben ihrerseits Realpolitik mit den Vertretern der SED-Diktatur und vernachlässigten die Bürgerbewegung in der DDR. Man könne, so der ehemalige Politiker der Grünen Hubert Kleinert, bei den Grünen grosso modo von einer deutschlandpolitischen Position der „Freiheit ohne Einheit“<sup>38</sup> sprechen, die eine Zweistaatlichkeit einerseits wie eine grundlegende Demokratisierung der DDR andererseits forderte. Innerhalb der Grünen repräsentierte das gesamtdeutsche Ansinnen der „Aktion 18. März“ also eine Minderheitsposition.

Mit der Sozialdemokratie gemeinsam hatten die Grünen die sicherheitspolitische Sorge um die Gefährdung der Machtbalance im Europa der Blockkonfrontation. So beförderte der Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre einsetzende zweite Kalte Krieg zwischen den Hegemonialmächten vor allem in der Bundesrepublik die Angst vor einem begrenzten Atomkrieg und gab damit der Friedensbewegung Auftrieb. Begünstigt wurden dadurch alle Bemühungen um eine Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten. Zudem schien es zu dem Konzept sozial-liberaler Entspannungspolitik keine realistische Alternative zu geben; die deutschlandpolitische Kontinuität durch die konservativ-liberale Koalition belegt dies. Der deutschlandpolitische „Wandel durch Annäherung“ der Sozialdemokratie bedeutete allerdings eine Kooperation mit der SED. Reformen im Osten, so die SPD-Linie, waren nur mit den Machthabern, nicht gegen sie durchzusetzen. Ganz in diesem Sinne beurteilt der Historiker Peter Brandt rückblickend die Haltung seines Vaters zum politischen Anliegen der „Aktion 18. März“: „Mein Vater Willy Brandt hat die Pflege der Tradition deutscher Freiheitsbewegung, namentlich der Revolution von 1848/49 sehr befürwortet. Auch in ihrer gesamtdeutschen Dimension. Von der offensiven Propagierung eines Nationalfeiertags in beiden deutschen Staaten befürchtete er allerdings Irritatio-

---

37 Zum Auschwitz-Argument siehe Florian Roth: Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990), Baden-Baden 1995, S.356-362.

38 Hubert Kleinert: Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der Grünen. Frankfurt am Main 1992, S.339.

nen beiderseits der Grenze ohne einen überwiegenden Nutzen.“<sup>39</sup> Egon Bahr wiederum begründete 1979 seine Absage der Unterstützung mit dem Argument, dass der „demonstrative gesamtdeutsche Charakter sie von vorneherein aussichtslos erscheinen läßt“.<sup>40</sup> Diese etatistische Deutschlandpolitik betrachtete bürgerschaftliche und basisdemokratische Initiativen im Kern eher als politischen Stör- und Unsicherheitsfaktor. Sie war zudem vom Primat der Sicherheitspolitik bestimmt.

### *Die „Aktion 18. März“ und die DDR*

Die „Aktion 18. März“ bemühte sich seit Beginn ihrer Arbeit 1979 auch um Unterschriften aus der DDR, gleichwohl erfolglos.<sup>41</sup> Sie schickte den Aufruf – wie das Ministerium für Staatssicherheit vermerkte – „an staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen und Redaktionen von Massenmedien“, die schon auf dem Postwege vom Ministerium für Staatssicherheit abgefangen wurden.<sup>42</sup> Auch die Versuche von Ingeborg Drewitz, offizielle Stellen für den gemeinsamen Feiertag zu gewinnen, schlugen fehl. So hatte sie sich im März 1981 in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin des bundesdeutschen PEN-Clubs mit einem Brief an Henryk Keisch gewandt, den Generalsekretär des PEN-Clubs der DDR.<sup>43</sup> Sie verwies auf die gemeinsame Tradition des 18. März und schlug als ersten Schritt eine gemeinsame Konferenz von Schriftstellerinnen und Schriftstellern bzw. Historikerinnen und Historikern aus beiden deutschen Staaten vor. Nach der Abstimmung mit der Kulturabteilung des ZK der SED lehnte Keisch in seiner Antwort Drewitz' Vorschlag ab und verwies darauf, dass die DDR mit dem 7. Oktober ihren eigenen Nationalfeiertag begehe: „Wir haben ja keine so fragwürdigen Feiertage wie den 17. Juni, an dessen Stelle ein neuer gesetzt werden könnte. Ein neuer Feiertag hätte außerdem ökonomische Folgen, über die wir uns nicht einfach hinwegsetzen können. Ich sehe vorläufig nicht, welche Art Zusammenwirken in dieser Hinsicht möglich wäre. Große Möglichkeiten des Zusammenwirkens gibt es aber sicher in allem, was die Lebensfragen unserer

---

39 30 Jahre dabei – Peter Brandt, in: *Aktion 18. März*, Aufruf, 2008, S.6. Zu Peter Brandts Motivation, die „Aktion 18. März“ zu unterstützen, siehe auch: Peter Brandt: *Nationale Frage in Deutschland ungelöst*, in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten*. 2. erw. Aufl. 1979, S.11.

40 Ebenda, S.10.

41 Siehe Schröder, Igel, S.84f.

42 Nach: Information zu geplanten Kranzniederlegungen Westberliner Bürger am 18.3.1988 auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain, Ministerium für Staatssicherheit der DDR, abgedruckt in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2003, S.7.

43 Folgende Ausführungen nach Jochen Staadt: *Die Nationalfeiertagsfrage. Warum die DDR den 18. März nicht wollte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.3.2000, abgedruckt in: *Aktion 18. März*, Aufruf, 2003, S.7.

Zeit betrifft: die Frage der Friedenserhaltung, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung.“<sup>44</sup>

Auch wenn die Märzrevolution von 1848 und der 18. März zum ehernen geschichtspolitischen Selbstverständnis der DDR gehörten: Der Vorschlag nach einem gemeinsamen nationalen Feiertag am 18. März in Ost und West konterkarierte die seit den 1970er-Jahren vertretene Deutschlandpolitik der DDR in einem zentralen Punkt. Denn mit dem VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971 hatte die DDR die nationale Frage für sich eindeutig entschieden. Während die Bundesrepublik eine bürgerlich-kapitalistische Nation darstelle, entwickle sich in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistische Nation. Auf die von der SED 25 Jahre lang offensiv vertretene These von der nationalen Einheit Deutschlands folgte in einer Kehrtwendung nun die Zwei-Nationen-These. Der Wiedervereinigungsspassus im Artikel 8 der Verfassung von 1968 wurde gestrichen. Diese Politik der nationalen Abgrenzung zur Bundesrepublik war eine Folge des globalen politischen Wandels von der Konfrontation zur Kooperation. Die innerdeutsche Annäherung im Rahmen der sozialliberalen Entspannungspolitik, die intensivierete staatliche Zusammenarbeit, die Zunahme von deutsch-deutschen Begegnungen ließen bei der SED Befürchtungen über die destabilisierenden Folgen für die DDR aufkommen. Ihr Ziel, ein DDR-Nationalbewusstsein aufzubauen, schien ebenso gefährdet wie die Konsolidierung der DDR als souveräner Staat latent infrage gestellt. Die Lücken in der Mauer, die die Entspannungspolitik geschlagen hatte, mussten ideologisch wieder geschlossen werden. Und in diesem Zusammenhang bedeuteten naturgemäß alle Bemühungen, einen gesamtdeutschen Feiertag zu installieren, ein – wie Kurt Hager im Januar 1979 formulierte – „Phantasieren an bundesdeutschen Kaminen“.<sup>45</sup>

Die „Aktion 18. März“ ließ sich von der ablehnenden Haltung DDR-Offizieller von ihrem deutsch-deutschen Engagement jedoch nicht abbringen. Das Ministerium für Staatssicherheit war mit seinen „Fahndungs- und Filtrierungsmaßnahmen zur Sicherung der Ehrungen der Märzgefallenen“ – so der gebrauchte Bürokratenjargon – immer mit dabei, wenn die „Aktion 18. März“ nach Berlin (Ost) kam; deren Verhalten wurde minutiös protokolliert.<sup>46</sup> Diese indes machte es der Staatssicherheit auch leicht, weil sie vollkommen offen vorging. 1986 verschickte sie ihren offenen Brief, in dem für den gemeinsamen Feiertag in der Bundesre-

---

44 Ebenda.

45 Zit. nach: Der Tagesspiegel, 4.1.1979.

46 Folgende Angaben nach den Unterlagen des BStU über Überwachung der „Aktion 18. März“ durch das Ministerium für Staatssicherheit. (Mit freundlicher Genehmigung von Volker Schröder; Kopien der Originale im Besitz des Autors). Nach der friedlichen Revolution von 1989 wurde Dirk Schneider, der ehemalige deutschlandpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, als Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt. Als MdB hatte Schneider zunächst Petra Kelly und Gert Bastian für die Aktion 18. März gewinnen können. Später betrachtete er die Aktivitäten der Aktion 18. März als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

publik und der DDR geworben wurde, an alle Bezirkszeitungen der DDR. 1987, 1988 und 1989 besuchte die Aktion jeweils am 18. März den Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Volkspark Friedrichshain und legte dort Kränze nieder. Die von Volker Schröder 1987 eingeladenen Erich Honecker und Erhard Krack, Oberbürgermeister von Berlin (Ost), sahen von einer Teilnahme jedoch ab. Die Kranzniederlegung konnte Schröder 1987 in Begleitung von German Meneses-Vogl (Bündnis 90/Die Grünen, 1989-1990 MdB) vornehmen. Anderen Mitgliedern der Berliner Alternativen Liste, wie den späteren Abgeordneten Alice Ströver (MdB seit 1995) und Wolfgang Schenk (MdB 1986-1988) wurde die Einreise verweigert.<sup>47</sup> Die Schleifen auf den im Namen der Alternativen Liste niedergelegten Kränzen trugen als Aufschrift einen Satz von Ferdinand Freiligrath: „Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht – tun wir was dazu.“ Im Jahr 1989 berichtete der „Spiegel“ über die Kranzniederlegung, an der auch Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Wilmersdorf mit dem CDU-Bürgermeister Dohm teilnahmen: „Auffallend unauffällige Zivilisten in DDR-Turnschuhen und -Anoraks späten über die Grabplatten. Mißtrauisch beäugten die Kundschafter ein ganz und gar ungewohntes Bild [...] Die DDR-Staatsschützer [...] reagierten auf ihre Weise. Kaum waren die Kränze für die Märzgefallenen niedergelegt, huschten die Stasi-Beamten herbei und verdeckten die Kranzschleife.“<sup>48</sup>

#### *Politikverständnis und Aktionsprofil*

Ganz im Sinne der basisdemokratischen Organisation politischer Willensbildung, wie sie sich in der Bundesrepublik vor allem in der Nachfolge von 1968 seit den 1970er-Jahren in den Bürgerinitiativen unterschiedlichster Provenienz und Zielrichtungen etablierte, betonte die „Aktion 18. März“ erstens ihre Überparteilichkeit, dies auch trotz und unabhängig von der Tatsache, dass vor allem Angehörige von Bündnis 90/Die Grünen,<sup>49</sup> aber auch der SPD in ihr seit jeher einen stärkeren Einfluss haben als andere Parteien. Die „Aktion 18. März“ versucht zweitens, von außen auf die politische Willensbildung in den Parlamenten Einfluss zu nehmen, und mobilisiert dafür drittens die Zivilgesellschaft und ihre Mitglieder. Ihre Organisationsform ist basisdemokratisch und antiinstitutionell orientiert. Als freier Zusammenschluss geschichtspolitisch Interessierter operiert sie ohne vertragliche Bindungen, verfügt über keine institutionelle Verwaltung und hat auch keine Rechtsform (etwa als ein eingetragener Verein). Sie finanziert

---

47 Alice Ströver hatte von 1983 bis 1989 ein Einreiseverbot für die DDR.

48 Der Spiegel, 12.6.1989, S.28f. Siehe auch: Schröder, Igel, S.98f.

49 Mit Alice Ströver (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses, hat die Aktion heute einen parlamentarischen Arm von Bedeutung. Siehe das Interview mit Alice Ströver in: Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf, 2006, S.3.

sich allein durch Spenden und verzichtet im Grundsatz auf die Alimentierung aus öffentlichen Haushalten.<sup>50</sup>

Als eine Institution ohne institutionelle Korsage betreibt die Aktion ihre Symbolpolitik mit Mitteln aus dem traditionellen Repertoire zivilgesellschaftlicher Aktionsformen. Dazu gehören die Unterschriftensammlung und die Unterstützung von Prominenten, medienwirksame Aktionen in der Öffentlichkeit wie das Bemalen der Berliner Mauer am Brandenburger Tor am 17. Juni 1989 (Text: „Statt 17. Juni nur im Westen 18. März in Ost & West“) oder – im publikumswirksamen Kontext der Verhüllung des Reichstages durch Christo im Sommer 1995 – einer Brandwand in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors mit der Kinderhymne von Bertolt Brecht. Zu den Aktivitäten gehören Festveranstaltungen (z. B.: Festmärz 1980 mit den Musikern Pannach & Kunert) oder Demonstrationzüge durch Berlin (1998).

Seit 1990 führt die „Aktion 18. März“ auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain offizielle Veranstaltungen durch, seit 1998 zusätzlich am Brandenburger Tor. Sie greift damit die seit 1848 mit unterschiedlichen Konjunkturen und nur von 1933 bis 1945 unterbrochene Tradition der ehemals vornehmlich sozialdemokratisch geprägten Märzveranstaltungen auf dem Friedhof im Friedrichshain auf. Die Aktion partizipiert von der Aura des historischen Orts und des Ursprungsmythos<sup>51</sup> und perpetuiert ihrerseits die Tradition des Treffens auf dem Friedhof.<sup>51</sup> Dramaturgisch sind diese Treffen charakterisiert durch eine wiederkehrende Choreografie, deren Ausformung sich entlang pragmatischer Überlegungen wie auch an den Erfordernissen des politischen Prozesses orientiert. Grußworte und programmatische Redebeiträge von Vertretern der verschiedenen Parteien bilden ebenso einen wesentlichen Part des Rituals wie die Kranzniederlegung am 1948 errichteten Denkmal. Der im Sinnbezug auf 1848 hergestellten Gemeinsamkeit heterogener Politikvorstellungen inhärent ist jedoch auch eine Zentrifugalkraft. Bei allem gemeinsamen Bezug auf „1848“: Christ- oder Sozialdemokraten, Liberale, die Grünen oder Die Linke denken jeweils partiell auch immer an etwas anderes. Diese politischen Zentripetalkräfte werden aufgehoben durch das gemeinsame Singen von Liedern der 1848er-Revolution sowie der Kinderhymne von Bertolt Brecht. Gerade in dem Komplementären des affektiv-emotionalen Moments liegt ein hohes Potenzial der Vergemeinschaftung, die Tradition bewahrt und verstetigt. Dies jedoch um des Preis des Politischen: Das Partikulare des jeweiligen aktuellen politischen Interesses wird absorbiert durch die Gemeinsamkeit des normativen Vergangenheitsbezuges. In den Auftritten der „Aktion 18. März“ verschränken sich also – mit unterschiedli-

---

50 Die Berliner Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg bezuschussen jedoch jährlich den Druck der Zeitung „Aufruf“ mit jeweils 250 Euro (Gesamtkosten: ca. 3.000 Euro).

51 Zum historischen Lern-Ort als Erlebnisraum siehe: Marko Demantowsky: Gedenkstätten der 48er Revolution als Historische Lern-Orte. Eine Übersicht, in: Saskia Handro/Bernd Schönemann (Hrsg.): Orte historischen Lernens. Berlin 2008, S.149-164.

cher Gewichtung – die politische mit der affektiv-ästhetischen und der kognitiven Dimension des Geschichtskulturellen. Politisches steht neben Sinnlichem, Kognitives neben Affektivem. Gerade in dieser Verschränkung scheint eine Ursache des Erfolges zu liegen. Gemeinsames und Differentes halten sich die Waage. Der Mobilisierung nach außen wie der Identität erhaltenden Kommunikation nach innen dient seit 1998 schließlich die alljährlich zum Gedenktag erscheinende Zeitung „Aufruf“.

Mit der friedlichen Revolution von 1989, der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik 1990 und der Festlegung des 3. Oktober 1990 als neuem Feiertag war zwar das Bemühen der Aktion, den 18. März als nationalen Gedenktag zu etablieren, nicht obsolet, wohl aber deren ursprüngliche deutschlandpolitische Intention. Die erste Mission schien 1990 erfüllt, fortan rückte in der Programmatik der „Aktion 18. März“ die Tradition der Freiheit in den Vordergrund. Vor 1989 war gerade die gesamtdeutsche Motivation der „Aktion 18. März“ für viele ein Grund gewesen, diese nicht zu unterstützen; mit dem Ende der Zweistaatlichkeit jedoch konnte die Aktion die Basis ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer erheblich verbreitern. Anders als noch zehn Jahre zuvor stellten sich nun immer mehr Abgeordnete aus den verschiedenen Parlamenten hinter das Bemühen, die demokratischen Wurzeln der Bundesrepublik zu würdigen. Dabei wird einmal mehr der überparteiliche Charakter der „Aktion 18. März“ deutlich. Schon 1978 hatte die Aktion mit ihrem Plakat zum Nationalfeiertag „Konservative, Christen, Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten, Parteilose, Liberale, Unabhängige“ angesprochen. In ihrer Eigenschaft als Parlamentspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses legte am 18. März 1992 zum Beispiel die Christdemokratin Hanna-Renate Laurien auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Kranz nieder. Als Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte unterstützte ihr Parteifreund Joachim Zeller die Aktion in den folgenden Jahren ebenso nachhaltig wie sein Kollege, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Tiergarten Jörn Jensen (Bündnis 90/Die Grünen). Als Parlamentspräsident griff der Sozialdemokrat Walter Momper die von Laurien initiierte Tradition auf und legt jährlich einen Kranz nieder. Unterstützt wird die Aktion zum Beispiel auch von den derzeitigen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags Petra Pau (Die Linke), Katrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Die Grünen), Hermann Otto Solms (FDP) und Wolfgang Thierse (SPD) sowie dem kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Wolfgang Bönnsen.<sup>52</sup>

Bei den Veranstaltungen der „Aktion 18. März“ treten regelmäßig und überparteilich weniger bekannte wie auch hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain, des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin, des Deutschen Bundestags, des Landes Baden-Württemberg, des Europa-Parlaments, aus Schule und Wissenschaft, aber auch internationale Gäste<sup>53</sup> und

---

52 Der Präsident des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, würdigte das Engagement der „Aktion 18. März“. Siehe Aktion 18. März, Aufruf, 2006, S.2.

53 Z. B. Fabrizio Romano (Italien), Dorota Paciarelli (Polen/Italien), György Dalos (Ungarn), Dr. Georg Schnetzer (Österreich).

Angehörige von anderen wichtigen öffentlichen Einrichtungen auf. Begleitet werden diese Veranstaltungen durch musikalische und schauspielerische Beiträge von Schülerinnen und Schülern. Unterstützt wird die Aktion auch von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (in erster Linie naturgemäß aus der Geschichtswissenschaft)<sup>54</sup>, von Künstlerinnen und Künstlern bzw. Schriftstellerinnen und Schriftstellern.<sup>55</sup> Die Berliner Geschichtswerkstatt, durch Jürgen Karwelat schon seit den 1980er-Jahren bei der „Aktion 18. März“ vertreten, unterstützt diese nun ebenso als Institution wie die Freireligiöse Gemeinde Berlin.<sup>56</sup> Starke Impulse und Unterstützung kamen nach 1989/90 von der PDS bzw. Die Linke. Als wissenschaftlicher Sprecher der „Aktion 18. März“ fungierte aus diesen Reihen lange Jahre Heinz Warnecke, dessen Publikationen den Kenntnisstand über den Berliner Friedrichshain und die Märzrevolution von 1848 erheblich erweiterten.<sup>57</sup>

Eine parteipolitische Aussage war und ist damit jedoch nicht verbunden. Denn mit Manfred Butzmann stellte ein künstlerischer Repräsentant der Opposition in der DDR seine Kreativität zur Verfügung – er gestaltet die Zeitung der „Aktion 18. März“ sowie Plakate zur Märzrevolution.<sup>58</sup> Beate Buchwald, zweite Sprecherin der „Aktion 18. März“ und für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn (1990-1999) bzw. der BVV Marzahn-Hellersdorf (ab 2006), engagierte sich im Herbst 1989 bei „Demokratie jetzt“ und noch im selben Jahr bei der „Aktion 18. März“. Der Bezug der Bürgerrechtsbewegung von 1989 zur Märzrevolution von 1848 ist ihr offenkundig: Die 1848er wie die 1989er forderten Rede- und Pressefreiheit, Versammlungsrecht und eben „Demokratie jetzt“.

#### *Das 150. Jubiläum der Märzrevolution in Berlin und der „Platz des 18. März“*

Das Jubiläum der Revolution von 1848 war für die „Aktion 18. März“ der Anlass, erneut geschichtspolitisch in die Offensive zu gehen.<sup>59</sup> Ihre Annahme, sie würde

54 Zum Beispiel von den Professoren: Reinhard Rürup, Gerhard Paul, Bernd Overwien, Hanns-Fred Rathenow, Peter Schulz-Hageleit, Hermann Weber, Laurenz Demps, Walter Schmidt, Wolfgang Michalka u. a.

55 Unter anderem Christa Wolf, Günter Grass, Michael Sowa, Klaus Staeck, Heinz Knobloch, Manfred Butzmann, Werner Stötzer.

56 Siehe dazu das Interview mit deren Vorsitzender, der Sozialdemokratin Anke Reuther, in: Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf, 2005, S.7.

57 Siehe zum Beispiel Heinz Warnecke: 1848/1918. Die 1848er Märzgefallenen im Friedrichshain. Hrsg.: Geschichtskommission der PDS Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2005; Heinz Warnecke: ND-Kalenderblatt „Märzrevolution“ – Berlin vor 150 Jahren. [Berlin 1998]; Heinz Warnecke: Barrikadenstandorte 1848. Ein Beitrag zur Berliner Heimatkunde, Berlin 1999.

58 Siehe dazu z. B. Manfred Butzmann: Heimatkunde. Abreibungen auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain [Berlin 1997].

59 Siehe dazu Christoph Hamann: Das Geburtsjahr des Parlamentarismus in Deutschland. Die Märzrevolution von 1848 und der Senat von Berlin oder: Berlin ist nicht Backnang, in:

eine nur nachgeordnete Stimme im vielstimmigen Konzert der Berliner Revolutionsfeierlichkeiten abgeben, erwies sich jedoch als krasse Fehleinschätzung. Die erst Ende 1997, also ein Vierteljahr vor dem Jubiläumsdatum, einsetzenden konzeptionellen Überlegungen der in Berlin regierenden Großen Koalition unter Eberhard Diepgen (CDU) zeitigten allzu bescheidene Ergebnisse. Die überregionale Presse urteilte: „Berlin verschläft seine Revolution“<sup>60</sup> und: „Es hat den Anschein, als schämten sich Berlins Regierende auch heute noch der Freiheitsfreunde von 1848“.<sup>61</sup> Das Verhalten des Senats, so Volker Ullrich in „Die Zeit“, sei „blamabel und unwürdig.“<sup>62</sup> Nur wenig freundlicher sah es die Berliner Lokalpresse.<sup>63</sup> Jürgen Kocka urteilte, im Vergleich zur großen Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche blieben die Gedenkfeiern im Berliner Friedrichshain bescheiden.<sup>64</sup>

Die „Aktion 18. März“ verfolgte dagegen ein klares Konzept: Die Erinnerung an 1848 sollte durch eine Umbenennung des „Platzes vor dem Brandenburger Tor“ ebenso gefördert werden wie durch die Installation von Gedenktafeln an den authentischen Barrikadenstandorten. In einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister unterstrich der Historiker Rüdiger Hachtmann<sup>65</sup> für die „Aktion 18. März“ die Bedeutung des Brandenburger Tors für die Erinnerung an 1848. Erstens hätten in unmittelbarer Nähe im Tiergarten Massenveranstaltungen stattgefunden, von denen die Märzrevolution ihren Ausgang nahm. Die Nähe zum Pariser Platz würde zweitens implizit die gesamteuropäische Dimension der Revolution von 1848 signalisieren. Die unmittelbare Nähe zur Straße des 17. Juni würde drittens deutlich machen, dass Demokratie und Arbeiterbewegung „zwei zentrale Wurzeln unserer bundesdeutschen Demokratie sind“. Und schließlich würde viertens eine ausschließliche Anbindung an Orte des 1848er-Parlamentarismus der Vielschichtigkeit der Revolution in sozialer Hinsicht und in Hinsicht auf deren Aktionsformen nicht gerecht werden.<sup>66</sup>

---

Durchsicht, II/1998, H. 8, S.3-6; Klemm, *Erinnert*, S.548-553, sowie *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 1998, 1999, 2000.

60 *Frankfurter Rundschau*, 18.3.1998.

61 *Die Zeit*, 26.2.1998.

62 *Ebenda*.

63 „Keine Lust auf Revolution – oder nur ein wenig“, so „*Der Tagesspiegel*“ vom 16.1.1998. Die *Berliner Zeitung* (6.2.1998) urteilte eindeutiger, der Senat lasse „kaum ein Fettnäpfchen aus“.

64 Jürgen Kocka: *Zwischen Friedrichshain und Paulskirche*, in: *Die Zeit*, 29.4.1998.

65 Von ihm erschien die wegweisende Monografie: *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997.

66 Siehe *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2000, S.2. In einem offenen Brief an den Senat von Berlin forderten die Bundestagsabgeordneten Eckhardt Barthel (SPD), Dr. Norbert Lammert (CDU), Franziska Eichstädt-Bohlig (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hermann Otto Solms (FDP) und Petra Bläss (PDS) den Senat von Berlin fraktionsübergreifend auf, die Neubenennung des Platzes durchzuführen. Siehe *ebenda*, S.7.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus nahm den Vorschlag der „Aktion 18. März“ auf und schlug dem Senat Maßnahmen vor. Im Grundsatz stimmte dieser der Notwendigkeit, an 1848 zu erinnern, zwar zu, lehnte jedoch alle Vorschläge ab.<sup>67</sup> Der BVV Mitte und dem Arbeitskreis 1848 unter der Federführung der „Aktion 18. März“ blieb es überlassen, aktiv zu werden. Die Fraktionen von CDU, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen der BVV Mitte beschlossen im August 1997 ohne Gegenstimmen (bei drei Enthaltungen), den Platz westlich des Brandenburger Tors in „Platz des 18. März 1848“ umzubenennen.<sup>68</sup> Der Senat setzte jedoch mit dem Hinweis auf sein Mitspracherecht im zentralen (hauptstadtrelevanten) Bereich Berlins die Umbenennung aus. Die BVV Mitte bestätigte daraufhin ihre eigene Entscheidung.

Der zuständige Bausenator Klemann (CDU) argumentierte zunächst, rechtlich sei es nicht möglich, den Platz umzubenennen und ergänzte – im Widerspruch dazu –, er müsste im Hinblick auf den Mauerfall 1989 „Platz des 9. November“ heißen. In die Defensive geraten, schlug der Senat von Berlin vor, einen Bereich in der unmittelbaren Nähe des Maxim-Gorki-Theaters, dem Standort der ehemaligen Sing-Akademie und der Preußischen Nationalversammlung seit dem Mai 1848, in „Platz der Märzrevolution“ umbenennen zu lassen.

Somit standen zwei erinnerungspolitische Konzepte gegeneinander, die schon in der Vergangenheit die Auseinandersetzung mit 1848 dominierten: das der „Aktion 18. März“, die den Schwerpunkt auf den Barrikadenkampf legte, und das des Senats, der die parlamentarische Tradition im Fokus hatte. Unterstützung erhielt die „Aktion 18. März“ von prominenter Seite aus unterschiedlichen politischen Lagern. Neben der ehemaligen Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU)<sup>69</sup> äußerten sich die Schriftsteller Günter Grass und Christa Wolf zustimmend. Auch die Historiker Laurenz Demps und Heinrich August Winkler unterstützten den Vorschlag der Aktion. Winkler betonte: „Ich wünschte, der Senat würde die Entscheidung revidieren.“<sup>70</sup> Die Bürgermeister der Berliner Bezirke Tiergarten, Jörn Jensen (Bündnis 90/Die Grünen), und Mitte, Joachim Zeller (CDU), setzten sich über den Senatsbeschluss hinweg und vollzogen am 18. März 1998 die Neubenennung des Platzes. Nachdem der Senat dies revidiert hatte, wiederholte sich der Vorgang 1999.

Die Situation schien verfahren – die Lösung brachte der Vorschlag des damaligen Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Thierse (SPD). Mit dem 18. März solle nicht allein an die Revolution von 1848, sondern auch an die erste freie Volkskammerwahl in der DDR von 1990 erinnert werden. Sie markiere, so der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und Abgeordnete des Deutschen Bundestags

---

67 Unter anderem mit der unzutreffenden Behauptung, die Standorte der damaligen Barrikaden ließen sich heute nicht mehr bestimmen.

68 Der Wortlaut des interfraktionellen Antrags siehe Aktion 18. März, Aufruf, 1999, S.2.

69 Berliner Morgenpost, 4.2.1998.

70 Der Tagesspiegel, 19.3.1998.

Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen), das Ende der ersten, vorparlamentarischen Phase der friedlichen Revolution. Die Einigung auf den 18. März erfolgte, so Werner Schulz, weil „sich an diesem Tag die Entscheidung über ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ und die Vollendung einer bereits 1848 begonnenen Entwicklung stellt. So traf zusammen, was zusammengehört.“<sup>71</sup> Auch der Bürgerrechtler Konrad Weiß berichtet: Der 18. März „war kein Zufall; wir haben am Runden Tisch der Modrow-Regierung dieses Datum hartnäckig abgerungen. Die Bürgerrechtsbewegung wollte sich damit bewusst in die Tradition der achtundvierziger Demokratiebewegung stellen.“<sup>72</sup> Seit Juni 2000 heißt nun der Platz westlich des Brandenburger Tors „Platz des 18. März“.<sup>73</sup> Der vom Senat 1998 offiziell durch einen Verwaltungsakt benannte „Platz der Märzrevolution“ am Gorki-Theater wartet indes noch heute auf seine Schilder.<sup>74</sup> Der Senat von Berlin hat offensichtlich sein geschichtspolitisches Interesse an der Märzrevolution von 1848 verloren.

Die Verankerung der Erinnerung an den 18. März im öffentlichen Raum Berlins ist *cum grano salis* nach wie vor jedoch wenig entwickelt.<sup>75</sup> Gewürdigt wird vor allem die Gegenrevolution. So finden sich, worauf in der Zeitung „Aufruf“ aufmerksam gemacht wurde, Straßennamen zu den Siegen Preußens über die badi-schen Revolutionäre von 1849<sup>76</sup> oder für die Vertreter der Feudalmacht wie etwa General von Wrangel und Otto von Manteuffel. Straßen jedoch, die nach Julius Berends, Karl Nauwerck oder Leopold Zunz benannt sind, sucht man dagegen

71 Werner Schulz: Wahltag 18. März – ein Tag mit doppelter Bedeutung“, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2000, S.4.

72 Konrad Weiß. 1848, 1989, unterwegs... Vortrag beim Festakt 150 Jahre 48er Revolution am 28. August 1998 in Neustrelitz, in: [http://www.bln.de/k.weiss/tx\\_1848.htm](http://www.bln.de/k.weiss/tx_1848.htm) (eingesehen: 21.10.2008). Wie der Rostocker Politologe Gunnar Peters dem Autor mündlich mitteilte (1.10.2008), finden sich in den Quellen jedoch keine expliziten Bezüge auf die Märzrevolution von 1848. Die Festlegung der Volkskammerwahl sei vielmehr allein aus pragmatischen Erwägungen erfolgt – man habe die kalendarische Mitte zwischen dem 29. Januar und dem 6. Mai 1989 gesucht. So auch Martin Gutzeit, SPD-Vertreter am Runden Tisch, gegenüber dem Autor (25.11.2008).

73 Anhängern der Partei Die Linke kam dieser Name insofern entgegen, weil damit auch an die Ausrufung der Pariser Kommune am 18.3.1871 Bezug genommen werden kann.

74 Die Posse um die Umbenennung schildert Jürgen Karwelat: Ein Schild(er)bürgerstreich – wo ist der „Platz der Märzrevolution“, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2008, S.14.

75 Siehe dazu z. B. Christoph Hamann: (K)ein Denkmal für die 1848er?, in: *Geschichte, Erziehung, Politik*, 1997, H. 4, S.213-221; Heinz Warnecke: Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2006, S.5; zum bundesweiten Erinnern an 1848 siehe Gerhard Fidorra: Straßen, Plätze und Gedenkstätten des 18. März und der Märzgefallenen, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2008, S.8f.; Manfred Butzmann: Denkmäler für die da oben, Denkmäler für die da unten, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2002, S.6.

76 Jürgen Karwelat: Undemokratische Traditionen auf Wilmersdorfer Straßenschildern – bald kommentiert, in: *Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf*, 2004, S.4.

vergebens.<sup>77</sup> Ergebnis von Anstrengungen des Erich-Fried-Gymnasiums (Heidi Antall) ist der Ernst-Zinna-Weg im Volkspark Friedrichshain. Gedenktafeln oder -stelen jedoch existierten bis 1998 wenige.<sup>78</sup> Die „Aktion 18. März“ initiierte aus Anlass des 150. Jahrestags der Revolution von 1848 die Anbringung von zwölf Tafeln an den Orten der Barrikadenkämpfe vom 18./19. März.<sup>79</sup>

*Der dritte Anlauf: der 18. März als Gedenktag*

1990 hatte die „Aktion 18. März“ einen neuen Anlauf unternommen, einen Gedenktag zu etablieren. Der in den beiden deutschen Staaten bis 1989 gepflegten unterschiedlichen deutschlandpolitischen Positionen entledigt, schienen die Voraussetzungen für die Einführung eines Feiertags, der der deutschen Einheit gewidmet sein sollte, nun ungleich günstiger als bis dahin. Die bisherige Forderung der „Aktion 18. März“ bezog sich allein auf die Ersetzung des 17. Juni durch den 18. März. Nunmehr wurde der 7. Oktober einbezogen, an dem die DDR offiziell ihrer eigenen Gründung gedachte. In einem offenen Brief vom Mai 1990 an die Mitglieder des Deutschen Bundestags sowie – diesmal unterstützt durch Hunderte von Unterschriften aus der DDR – an die Mitglieder der Volkskammer wurden diese aufgefordert, den Vorschlag aufzugreifen.<sup>80</sup> Dies war jedoch vergebens – als Tag der deutschen Einheit wurde schließlich der 3. Oktober bestimmt.

Über nahezu zwei Jahrzehnte blieb nun das Thema eines Gedenk- oder Feiertags am 18. März von der politischen Agenda verschwunden. 2007 jedoch, im Vorfeld des 160. Jubiläums der Märzrevolution, brachte die Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin den Antrag ein, der 18. März solle nationaler Gedenktag in Deutschland werden.<sup>81</sup> Sie stützte sich dabei in ihrem Text wortidentisch (jedoch unabgesprochen) auf die Ausführungen der „Aktion 18. März“ vom 18. März 2006. Genau ein Jahr später legten die Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD sowie der Linken diesen Antrag

77 Darauf weist Rüdiger Hachtmann hin: Argumente, die überzeugen müssten – Ein Brief vom 4. März 1998, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2000, S.2. Zugleich wurden öffentliche Gedenkzeichen der DDR nach der friedlichen Revolution von 1989 entfernt.

78 Siehe dazu die Zusammenfassung in Hamann, (K)ein Denkmal, S.2f.; Holger Hübner: *Das Gedächtnis der Stadt*, Berlin 1997, S.29f., 59, 87f., 204.

79 Unter der Federführung des Vorsitzenden der Gedenktafelkommission Berlin-Mitte, Volker Hobrack (SPD), wurden die Barrikadenstandorte mit Tafeln nach Entwürfen von Manfred Butzmann markiert. Bei all diesen Tafeln steht in der Kopfzeile: „Für demokratische Tradition und revolutionären Geist – 1848 Märzrevolution 1998“ und in der Fußzeile der Satz Ferdinand Freiligraths (1843): „Es kommt dazu trotz alledem, dass rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht – tun wir was dazu!“. Die Standorte und deren Finanzierer sowie genauere Angaben zu den Texten auf den Tafeln siehe *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2001, S.4.

80 Siehe *Aktion 18. März, Aufruf* 2006, S.5.

81 Drucksache 16/0350 des Abgeordnetenhauses von Berlin.

erneut im Abgeordnetenhaus vor. Sie verbanden dies mit der Aufforderung, der Senat von Berlin möge im Bundesrat eine Entscheidung für einen nationalen Gedenktag am 18. März einbringen.<sup>82</sup> Mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedete das Abgeordnetenhaus diesen Antrag.

Die Initiative, den 18. März als Gedenktag an die Märzrevolution zu begehen, wurde in der Folge von zwei Seiten aus konterkariert. Nachdem offensichtlich geworden war, dass der Antrag im Bundesrat keine Mehrheit finden würde, wurde er zunächst zurückgezogen und die Entscheidung vertagt. Tragend bei dieser Entscheidung waren die Vorbehalte der anderen Bundesländer, die im 18. März in erster Linie ein historisches Datum für Berlin, nicht aber für die gesamte Bundesrepublik sahen. So äußerte sich der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche: „Man kann nicht ein vor allem preußisches Datum zu einem Gedenktag für ganz Deutschland machen.“<sup>83</sup> Er schlug seinerseits den 18. Mai (Zusammentreten der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848) oder den 27. Dezember (Verabschiedung der Grundrechte durch die Nationalversammlung 1848) vor. Eine erinnerungspolitische Domestizierung des 18. März und damit der Märzrevolution wird im Vorfeld des 20. Jahrestags der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit von der CDU verfolgt. Aufgeschreckt durch die in wissenschaftlichen Studien festgestellten Wissenslücken von Schülerinnen und Schülern über die Geschichte der DDR und der deutschen Teilung forderte die CDU in Brandenburg in Erinnerung an die Volkskammerwahl von 1990, den 18. März als „Gedenktag der parlamentarischen Demokratie“ zu feiern.<sup>84</sup>

Aller unterschiedlichen Motivation zum Trotz liegt beiden Argumentationslinien ein identisches Wertmuster zugrunde: Den föderalen Vorbehalten des Historikers aus Baden-Württemberg wie dem antitotalitären Ansinnen der CDU gemeinsam ist die erneute Fokussierung der Erinnerung an 1848 auf die Tradition des Parlamentarismus und – implizit – demgegenüber die Geringschätzung der revolutionären Ereignisse. Einmal mehr wird das eine gegen das andere ausgespielt: die Paulskirche gegen den Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain, die parlamentarische Debatte gegen den Barrikadenkampf. Diese Rangfolge der Wertschätzung ist deutlicher Ausdruck der grundlegenden Orientierung an den Prämissen der Aufklärung. Allein der Kampf mit dem Mittel des rationalen Arguments ist die zulässige Form der Auseinandersetzung, nicht dagegen der Kampf mit dem Mittel der als irrational angesehenen Gewalt. Legitim sind allein der Dialog, der Konsens, der Kompromiss und die Kooperation als die tragfähige Basis demokratischen Zusammenlebens.

Die Prämisse dieser Werthaltung ist jedoch, dass die Kontrahenten selbst dialogbereit und kompromissfähig sind und vor allem einander als Gleiche mit grund-

---

82 Drucksache 16/1263 des Abgeordnetenhauses von Berlin.

83 Der Tagesspiegel, 6.7.2008.

84 Siehe Potsdamer Neueste Nachrichten, 30.7.2008; Märkische Allgemeine, 30.7.2008.

sätzlich gleichen Rechten anerkennen. Dies war jedoch in der Ständegesellschaft von 1848 per definitionem nicht der Fall.

Die Semantik der Historiografie ist insofern hier in zweifacher Hinsicht genau: Sie spricht von der *Märzrevolution* im Jahr 1848, und sie spricht von der *März*-revolution, nicht aber von einer *Mai*- oder *Dezember*revolution. Das beschreibt in zutreffender Chronologie erst den Barrikadenkampf auf der Straße und dann die Debatte in der Nationalversammlung, die ohne die Straße in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Und ohne die Nationalversammlung hätte die Straße auf Dauer keine demokratische Legitimität besessen. Insofern ist beides der historiografischen und geschichtspolitischen Erinnerung würdig. Nur „wenn man diese beiden Erinnerungsorte zusammensieht“, so Jürgen Kocka, „versteht man 1848/49 richtig“.<sup>85</sup>

---

85 Kocka, Friedrichshain, S.19; siehe ähnlich auch Klemm, *Erinnert*; Christoph Hamann: *Der Barrikadenkampf und die Paulskirche – ein Widerspruch? Die Revolution von 1848/48 in der deutschen Erinnerungskultur*, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2008, S.9. Siehe auch Walter Schmidt: *Zum 18. März 2005*, in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2005, S.2; ders.: *Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 216, Oktober 2008, S.925-940.